



25 - S 734171/21



RESOLUTION ZUR SITZUNG DER BEZIRKSVERTRETUNG AM 17. JUNI 2021

VERSCHLECHTERUNG BEI DER WIENER MINDESTSICHERUNG VERHINDERN!

Die Grüne Bezirksrätin, die LINKS-Bezirksrätin Mag^a Amela Mirković und die unabhängige Bezirksrätin Eveline Dürr stellen folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich gegen Verschlechterungen bei der Mindestsicherung aus.

Begründung:

Per Initiativantrag (und damit ohne Begutachtung) bringt die rot-pinke Stadtregierung umfassende Verschlechterungen im Wiener Mindestsicherungsgesetz auf den Weg. Wien hatte sich unter der rot-grünen Stadtregierung darauf verständigt, keine Politik auf dem Rücken der Ärmsten zu machen. Es wurde in die Menschen investiert und vor allem jungen Menschen eine Perspektive geboten. Und die Stadtregierung war zu Recht stolz auf die Errungenschaften der Mindestsicherung, die österreichweit einzigartig waren. Es ist erschreckend, dass diese Errungenschaften nun zurückgenommen werden sollen.

Die Novelle umfasst folgende Punkte, die die Situation der Mindestsicherungsbezieher_innen verschlechtern:

1. Verschärfung der Sanktionen bzw. Kürzungen bei den Leistungen

Schon bisher gab es die zu restriktive Möglichkeit, die Mindestsicherung bei fortgesetzter fehlender Mitwirkung auf Null zu kürzen. Allerdings konnte die Kürzung von der Behörde sofort wieder aufgehoben werden, wenn die Betroffenen mitgewirkt haben. Nach dem vorliegenden Vorschlag muss mindestens für die Dauer eines Monats gekürzt werden. Den betroffenen Menschen wird selbst für den Fall einer

Verhaltensänderung die Chance auf sofortige Hilfe genommen.

2. Verschärfungen bei den Mindeststandards bei unter 25-Jährigen

Bis jetzt war sichergestellt, dass junge Mindestsicherungsbezieher_innen unter 25 in einer Notlage in den ersten 4 Monaten mit keinen Kürzungen zu rechnen hatten und sowohl den Bezieher_innen als auch der Behörde genug Zeit bleibt, zielführende erwerbsfördernde Maßnahmen zu vereinbaren und es nicht ständig zu neuen Berechnungen kommen muss. Weiters entfällt die Bestimmung, die bis jetzt gesetzlich geregelt hat, dass die Behörde den jungen Menschen ein Angebot machen muss.

3. Abschaffung Beschäftigungsbonus Plus

Der "Beschäftigungsbonus Plus" wird ersatzlos gestrichen. Es handelt sich hier um eine einmalige Förderung von Mindestsicherungsbezieher_innen von 683,6 bis 911,5 Euro, die eine eigene Erwerbstätigkeit über der Geringfügigkeitsgrenze aufgenommen haben (unter 25 ein halbes Jahr ununterbrochen und bei über 25 ein ganzes Jahr). Die Streichung wird mit zu wenig Anspruchnahme begründet. Anstatt eine automatische Auszahlung zu veranlassen oder das positive Anreizsystem zur Aufnahme von Beschäftigung weiterzuentwickeln, wird es einfach ersatzlos gestrichen und im Gegenzug die Sanktionen und Kürzungen verschärft.

Eine soziale Stadt wie Wien, muss den Weg der Solidarität, nicht der Sanktionen gehen!

Manfred Itzinger, Bezirksrat

Mag^a Amela Mirković, Bezirksrätin

Eveline Dürr, Bezirksrätin